Ausgabe 2 | 2015

Die offizielle Zeitung
der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Zukunft. Bewegen.

Bayern braucht ...
ein Flughafenkonzept

Aktuelle Stunde:
3. Startbahn

Lärmschutz an der A 92
Antrag für
Lärmschutzmaßnahmen

Antriebskonzepte der Zukunft

Was tankt das Auto von morgen?

Mit Hubert Aiwanger für Sie im Landtag:
die weiteren Abgeordneten der FREIE WÄHLER Fraktion in alphabetischer Reihenfolge

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Pflegepolitischer Sprecher, kulturpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, Frankensprecher

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

Mitglied im Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend, Integration, generationenpolitischer Sprecher, Sprecher für Vertriebene und Flüchtlinge, Mitglied im Bundes- und Europaausschuss, entwicklungspolitischer Sprecher

Günther Felbinger, MdL

Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus, bildungspolitischer Sprecher, Mitglied in der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Inklusion“, sportpolitischer Sprecher, stellvertretender Ausschussvorsitzender öffentlicher Dienst

Thorsten Glauber, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags und wirtschaftspolitischer Sprecher, energiepolitischer Sprecher

Eva Gottstein, MdL

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport; frauenpolitische Sprecherin, jugendpolitische Sprecherin

Joachim Hanisch, MdL

Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport; Sprecher für kommunalpolitische Fragen

Johann Häusler, MdL

Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher, Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Dr. Leopold Herz, MdL

Agrar- und forstpolitischer Sprecher, Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Nikolaus Kraus, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Verbraucherschutz

Peter Meyer, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Mitglied im Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes, kirchenpolitischer Sprecher für die evangelisch-lutherische Kirche

Alexander Muthmann, MdL

Mitglied der Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, Fraktionssprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, hochschul- und medienpolitischer Sprecher; Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Bernhard Pohl, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, finanzpolitischer Sprecher, Mitglied im Haushaltsausschuss, vertriebenenpolitischer Sprecher

Gabi Schmidt, MdL

Sozial-, asyl- und familienpolitische Sprecherin, Mitglied im Sozialausschuss, Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

Florian Streibl, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, rechtspolitischer Sprecher, kirchenpolitischer Sprecher

Karl Vetter, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, gesundheitspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Jutta Widmann, MdL

Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, Mitglied im Arbeitskreis Kommunales, Wirtschaft und Finanzen

Benno Zierer, MdL

Mitglied Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Probleme erkennen, Lösungen durchsetzen!

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der aktuellen Ausgabe wollen wir Ihnen wieder einen Einblick in unsere parlamentarische Arbeit im Bayerischen Landtag liefern.

Die Bandbreite unserer Themen ist groß. Wir sprechen Probleme an, liefern Impulse und Lösungsansätze. So fordern wir ein gesamtbayerisches Flughafenkonzept mit einem klaren „Nein“ zur dritten Startbahn am Münchner Flughafen und einer Stärkung der Flughäfen in Nürnberg und Memmingen. In der Gesundheitspolitik drängen wir auf den überfälligen Abschluss eines Hausarztvertrags und wollen wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung multiresistenter Keime in Krankenhäusern auf den Weg bringen. Wir haben die Staatsregierung dazu gebracht, zumindest in Pilotschulen G9 zuzulassen. Der Erfolg gibt uns recht: Der Ansturm auf die neunjährige Gymnasialform ist enorm (über 60 %!) und zeigt, dass wir mit unserer Forderung nach einer flächendeckenden Einführung der Wahlfreiheit G8/G9 dem Wunsch der Mehrzahl von Eltern, Schülern und Lehrern entsprechen. Die Wiedereinführung von Diplomstudiengängen an unseren Hochschulen gehört zu den jüngsten Forderungen der FREIEN WÄHLER. Mal sehen, was die Staatsregierung dazu sagt! Ein heftig diskutiertes Thema ist die konkrete Umsetzung des Mindestlohns in einzelnen Branchen. Wir sehen massive negative Auswirkungen für kleine und mittelständische Betriebe, aber auch für den ehrenamtlichen Bereich, z. B. im Sport. Die CSU hätte diesem Gesetz in der aktuellen Form niemals zustimmen dürfen!

In vielen Sparten erweist sich dieses Mindestlohngesetz als praxisuntauglich und muss deshalb dringend nachgebessert werden. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat bereits ein umfangreiches Antragspaket eingebracht, in dem wir Nachbesserungen fordern. Unser Hauptkritikpunkt sind die umfangreichen Dokumentationspflichten für viele Wirtschaftsbereiche. Familienangehörige von Betrieben müssen von den Mindestlohnvorschriften generell ausgenommen werden!

Auch die Flüchtlingsthematik muss im Sinne unserer Kommunen pragmatisch angegangen werden. Die Menschen eher als bisher in Arbeit zu bringen würde viele Spannungen abbauen.

Wir werden dieses und andere Themen weiter aufmerksam verfolgen und unsere Verbesserungsvorschläge einbringen.

Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender

Impressum

Herausgeber
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Maximilianeum
Max-Planck-Str. 1, 81627 München
Tel.: 089 4126-2922
info@fw-landtag.de

V. i. S. d. P.:
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Thorsten Glauber, MdL
Max-Planck-Str. 1, 81627 München

Redaktion
Thorsten Glauber

Bildnachweis
Thinkstock; Seite 4: Rolf Poss; Seite 7: Nicolai Hartung; Seite 13: Ayse Pala; Seite 15: Gottfried Obermair; Seite 17: Nicolai Hartung; Seite 20: © Presse- und Informationsamt der Bundesregierung / Jesco Denzel; Seite 21: Gottfried Obermair; Seite 35: Verena Eckert

Art-Direktion und Design
CUBE werbeagentur gmbh

Frühjahrsfraktionsklausur in Straubing 06

Parlamentarischer Abend
Deutsche Zuwanderer aus Russland 08

Parlamentarischer Abend
Ein neuer Konzertsaal für München – kein Luxus, sondern Notwendigkeit 10

Parlamentarischer Abend
Frauenpower – wie weiblich ist das Ehrenamt? 12

Wohin mit beschlagnahmten Raubtieren und Reptilien? 14

Feinabgrenzung von FFH-Flächen 15

Was tankt das Auto von morgen? 16

G8/G9: Abstimmung mit den Füßen 18

Verbraucherschutz und Ehrenamt 19

G7-Gipfel – ein Rückblick 20

Fraktion vor Ort …
… in Altötting 21
… in Mitwitz – Nein zu TTIP und CETA! 21

Bayern braucht ein Flughafenkonzept 22

Aktuelle Stunde zur 3. Startbahn 24

Aus der Kommunalpolitik in den Landtag
Lärmschutz an der A 92 25

Interview
Mindestlohn – ein Gesetz mit Tücken 26

Dokumentationspflicht belastet Betriebe 27

Umsetzung des Mindestlohns im Sport 28

Interview
Antragspaket zum Mindestlohn in der Landwirtschaft 29

BayernLB – Licht am Ende des Tunnels? 30

Krankenhauskeime bekämpfen. 32

Abgeordnete im Porträt
Gabi Schmidt 34

Kurz gesagt 35

Was sonst noch los war 35

Zahl des Quartals 35

Frühjahrsfraktionsklausur in Straubing

Korrekturen beim Mindestlohn, neunjähriges Gymnasium und Bürgerenergiewende – die FREIEN WÄHLER besetzen wichtige Themen.

Nach der Winterklausur in Oberfranken war im April die niederbayerische Stadt Straubing das Ziel der Fraktion. Bei der diesjährigen Frühjahrsklausur standen wichtige Punkte auf der Tagesordnung. Neben den Dauerthemen Bildung und Energiewende befassten sich die Abgeordneten auch mit Auswüchsen bei der Umsetzung des Mindestlohns sowie Stand und Zukunft des digitalen Rundfunks und der Medienlandschaft in Bayern.

Besuch im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (KoNaRo) – Silicon Valley der nachwachsenden Rohstoffe

Im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe konnten sich die Abgeordneten ein unmittelbares Bild über die Forschung bezüglich nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien machen. Dort sind drei Institutionen zusammengefasst: das Technologie- und Förderzentrum (TFZ), das Wissenschaftszentrum Straubing (WZS) sowie der gemeinnützige Verein C.A.R.M.E.N. e.V., der die Zusammenarbeit zwischen Staat, Wissenschaft, Land- und Forstwirtschaft koordiniert.

„Diese Einrichtung ist ein gutes Beispiel, wie gleichwertige Lebensverhältnisse auch in der Fläche erreicht werden können. Als weiteres Ziel sollte es jetzt gelingen, über das Kompetenzzentrum international in dieser Branche tätige Betriebe in und um Straubing anzusiedeln.“ *(Alexander Muthmann, MdL, Fraktionssprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung)*

Allerdings wird die hervorragende Forschungsarbeit des KoNaRo derzeit durch falsche Entscheidungen der Politik konterkariert. Denn durch die fast vollständige steuerliche Gleichbehandlung von Biodiesel und Pflanzenöl mit fossilem Diesel ist der Markt für diese zusammengebrochen. Im „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ wurde die Vergütung für nachwachsende Rohstoffe abgeschafft.

„Hier wurde uns wieder einmal die mangelnde Verlässlichkeit der Energiepolitik vor Augen geführt.“ *(Thorsten Glauber, MdL, energiepolitischer Sprecher)*

Überbordende Bürokratie beim Mindestlohn

Mit den aktuellen Fehlentwicklungen bei der Umsetzung des Mindestlohns haben die FREIEN WÄHLER ein topaktuelles Thema aufgegriffen. In vielen Bereichen schafft die überbordende Bürokratie, z. B. bei der Dokumentationspflicht, massive Probleme (s. auch Artikel S. 26).

Flexibilität ist in Branchen wie der Gastronomie und Landwirtschaft enorm wichtig. Die Fülle neuer Vorschriften gefährdet gerade Familienbetriebe.

Die Landtagsfraktion beim Besuch des Kompetenzzentrums für Nachwachsende Rohstoffe

„Wir müssen die massive Fehlentwicklung beim Mindestlohn dringend korrigieren, die verschärfte Dokumentationspflicht ist unzumutbar." *(Jutta Widmann, MdL, Mitglied im AK Kommunales, Wirtschaft und Finanzen)*

Möglichkeiten der Regionalvermarktung

Wie kann eine erfolgreiche Regionalvermarktung aussehen? Diese Frage erörterten die Abgeordneten in einem Fachgespräch mit Thomas Krinner, dem Obermeister der Metzger-Innung Straubing-Deggendorf.

Für den Erhalt der Medienvielfalt in Bayern

Besonders der Hörfunk ist von der anstehenden Digitalisierung betroffen, da die UKW-Frequenzen in Zukunft abgeschaltet werden sollen, um auf DAB+ (Digitalradio) umzusatteln. Dies ist jedoch vor allem für kleine Lokalsender mit hohen Kosten verbunden. Die FREIEN WÄHLER wollen die lokalen und regionalen Medien erhalten. Um kleinere Medienunternehmen zu schützen, haben sie bereits einen Gesetzentwurf eingebracht, der ein Verbot regionalisierter Werbung großer Privatsender vorsieht. Die Fraktion nutzte die Klausur deshalb auch zu einem Fachgespräch mit Radiomacher Willi Schreiner, dem Vorsitzenden des Verbands Bayerischer Lokalrundfunk. Er machte deutlich, dass DAB+ zwar eine Chance für den Lokalrundfunk ist – allerdings nur, wenn es dafür finanzielle Unterstützung gibt.

„DAB+ ist bei den Hörern noch nicht fest verankert. Lediglich acht Prozent haben das neue Digitalradio bislang angenommen. Hier muss definitiv an einem höheren Verbreitungsgrad gearbeitet werden." *(Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL, medienpolitischer Sprecher)*

Digitalisierung der Medienwelt

Durch das Internet ist die mediale Welt noch vielfältiger geworden. Wie gehen die lokalen und regionalen Medien mit der Digitalisierung um? Dieses Thema wurde auch beim Besuch der Abgeordneten im Verlagshaus des *Straubinger Tagblatts* mit Prof. Dr. Martin Balle, Verleger und Herausgeber des *Straubinger Tagblatts/ Landshuter Zeitung*, erörtert. Er sah die Hauptaufgabe der lokalen Medien nach wie vor darin, die Heimatregion zu unterstützen. ■

PARLAMENTARISCHER ABEND

Eine weitgehend unbekannte Erfolgsstory:

Deutsche Zuwanderer aus Russland

In den vergangenen 60 Jahren sind über 2,5 Millionen von ihnen aus der Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten nach Deutschland ausgesiedelt – darunter mit weit über 300.000 Personen ein beachtlicher Teil nach Bayern. War angesichts dieser hohen Zahl eine gelungene Integration überhaupt möglich? Dieser Frage gingen die FREIEN WÄHLER auf einem Parlamentarischen Abend unter dem bewusst provokant gewählten Titel „Deutsche Zuwanderer aus Russland: Bereicherung unserer Gesellschaft!?“ nach. In Kurzporträts und einer anschließenden Podiumsdiskussion zeigten sie dabei die Vielfalt von Biografien, Erfahrungen und Perspektiven von Deutschen aus Russland auf. Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Sport berichteten, wie es ihnen bei ihrer „Eingewöhnung“ in Bayern erging.

Zwar ist das früher weitverbreitete Vorurteil von „Sozialschmarotzern“ und „Zuwanderern in die Sozialversicherungssysteme“ längst erfolgreich widerlegt worden, doch wie die erfolgreiche Integration gelingen konnte, ist vielen Mitbürgern nach wie vor unbekannt.

„Die Integration der deutschen Zuwanderer ist eine oft unbekannte Erfolgsgeschichte, die eine größere Verbreitung verdient.“ *(Bernhard Pohl)*

Rund 400.000 in Russland lebende Nachfahren der ersten Generation wurden während des Zweiten Weltkriegs als Feinde angesehen, nach Zentralasien deportiert und dort zum Teil umgebracht. Die Menschen konnten oft nur überleben, indem sie alles Deutsche ausmerzten. Dies war dann ein zweiter Heimatverlust, ein wirklich hartes Schicksal.

Für die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion war es deshalb umso wichtiger zu erfahren, wie die Deutschen aus Russland sich in ihrer neuen Heimat Bayern integrieren konnten. Der Abend machte deutlich, dass Integration aber nicht nur bedeutet, hier zu leben, sondern auch aktiv Kontakte zu knüpfen. Dabei spielten vor allem Vereine eine große Rolle. Waldemar Eisenbraun, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LDR), betonte, seine Heimat sei dort, wo er sich wohlfühle, unter Menschen, denen er vertraue. Heimisch fühle er sich „zu hundert Prozent“ in Deutschland.

In den anschließenden Erlebnisberichten lernten die Zuschauer drei sehr unterschiedliche Beispiele geglückter Integration kennen. Eines jedoch war allen gemein: die Zielstrebigkeit, mit der es jedem Einzelnen gelungen war, in Deutschland nicht nur heimisch, sondern auch beruflich erfolgreich zu werden.

„Die Integration der deutschen Zuwanderer ist eine oft unbekannte Erfolgsgeschichte, die eine größere Verbreitung verdient.“

Bernhard Pohl, MdL, vertriebenenpolitischer Sprecher der FREIEN WÄHLER Landtagsfraktion

„Russlanddeutsche gelten als zuverlässig, fleißig und innovativ – das hat ihre Integrationschancen in Bayern ohne Zweifel entscheidend befördert.“ *(Bernhard Pohl)*

Der Abend machte deutlich, dass die Russlanddeutschen eine positivere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit verdienen.

„Deutsche aus Russland sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft.“

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL, vertriebenenpolitische Sprecher der FREIEN WÄHLER Landtagsfraktion

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion will deshalb über Bildung und über Zeitzeugenprojekte vor allem in Schulen mehr Interesse für die Russlanddeutschen generieren. Wichtig sind neben zusätzlichen regionalen Stützpunkten auch Heimatmuseen und die Schaffung einer Forschungseinrichtung, um die Geschichte der Russlanddeutschen noch besser aufzubereiten. Dafür werden wir uns mit neuen parlamentarischen Initiativen im Bayerischen Landtag einsetzen. Notwendig ist auch eine professionelle Geschäftsstelle, um eine verbesserte Vernetzung mit der Politik zu erreichen. ■

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL (links)
Bernhard Pohl, MdL (rechts)
Vertriebenenpolitische Sprecher

PARLAMENTARISCHER ABEND

Ein neuer Konzertsaal für München – kein Luxus, sondern Notwendigkeit

Seit Monaten erhitzt die Debatte um einen möglichen Umbau des Gasteig die Gemüter. Der Beschluss von Ministerpräsident Seehofer und Münchens Oberbürgermeister Reiter für einen umständlichen, teuren und mehrere Jahre andauernden Umbau des Kulturzentrums stieß nicht nur in der Öffentlichkeit auf scharfen Widerspruch. Die online-Petition „Errichtung eines neuen Konzert- und Kulturzentrums München“ etwa konnte innerhalb kurzer Zeit mittlerweile über 27.000 Unterschriften verzeichnen.

Als einzige Landtagsfraktion sprachen sich die FREIEN WÄHLER ganz klar für den Bau eines neuen Konzertsaals aus und forderten dies auch in einem Dringlichkeitsantrag. Diese Forderung unterstrichen sie nun auch mit einem Parlamentarischen Abend „Ein neuer Konzertsaal für München“.

Das Streichquartett „München Klang e. V.“ stimmte die rund 280 Gäste mit einer musikalisch hochwertigen Darbietung ein. Allerdings fehlte dem Stück der Schlussakkord, was Gastgeber *Prof. Piazolo* dann erklärte: „Auch in der politischen Debatte um den Konzertsaal fehlt noch der Schlussakkord, denn wir brauchen einen neuen Konzertsaal für München. Seehofer und Reiter sind mit ihrer Entscheidung definitiv auf dem Holzweg.“ München braucht einen neuen, zusätzlichen Konzertsaal. Darin waren sich alle Gesprächsteilnehmer einig. Grund dafür ist nicht ausschließlich die teilweise schlechte Akustik im Gasteig. Wesentlich gravierender sahen die Podiumsteilnehmer die Tatsache, dass sonst nicht nur Münchens Ruf als Kulturmetropole von Weltrang in Gefahr sei, sondern auch das kulturelle Leben für ganz Bayern leide.

Das Interesse an Abonnements und Konzertbesuchen ist nicht nur in München, sondern in allen Teilen Bayern, ja sogar über Bayern hinaus, groß. Bereits jetzt genügen die Platzangebote am Gasteig nicht. Ein neuer Konzertsaal böte dagegen eine Jahrhundertchance – sowohl in künstlerischer wie auch in städteplanerischer Hinsicht. Ein Umbau dagegen würde den Künstlern auf vier bis sechs Jahre ihre Wirkungsstätte nehmen. Darauf wies Alexander Wolfrum, 1. Vorstand des Verbands der Münchner Kulturveranstalter, in der Diskussion hin. Rechtsanwalt Hans Robert Röthel, der stellvertretende Vorsitzende des Konzertsaal München e. V., war sich sicher, dass ein erstklassiges Konzerthaus München künftig auch Zulauf aus vielen weiteren Regionen Deutschlands bringen würde. Erfahrungen mit einem neuen Konzerthaus in Luzern hätten diesen immensen Werbeeffekt in der Schweiz längst nachgewiesen.

In der anschließenden Diskussionsrunde mit dem Publikum gingen die Wünsche für einen möglichen neuen Standort des Konzertsaals weit auseinander: Zentrumsnah solle er gelegen sein. Realistisch seien Areale, die dem Freistaat bereits gehörten. Es lägen schon viele interessante Vorschläge auf dem Tisch – sei es ein Bau am Isarufer, im Hofgarten, auf dem Schlachthofgelände oder im Finanzgarten. Die Debatte bleibt also weiterhin spannend.

„Vergessen wir nicht, dass in Artikel 3 unserer Verfassung steht: ‚Bayern ist ein Kulturstaat'. Das wollen wir auch in der Debatte um den Neubau eines Konzertsaals ernst nehmen." *(Prof. Dr. Michael Piazolo)* ■

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Münchner Abgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

+++ Nachklang:

Auch der jüngste Bericht von Minister Spaenle im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst brachte keine Klarheit. Die Debatte um einen neuen Konzertsaal in München ist weiterhin von Chaos und zahlreichen Unsicherheiten geprägt.

Nach wie vor bleibt unklar, wo die Staatsregierung in dieser kulturpolitisch wichtigen Frage steht und welches weitere Vorgehen angedacht ist. Nach der jüngst vorgelegten Studie von Albert Speer kommen v. a. zwei Standorte in Betracht: die Fläche des heutigen Eissportstadions im Olympiapark und der Finanzgarten an der Von-der-Tann-Straße.

Auf dieser Basis sollte eine Entscheidung nun zügig gefällt werden.

PARLAMENTARISCHER ABEND

Frauenpower – wie weiblich ist das Ehrenamt?

In Bayern engagieren sich etwa 1,8 Millionen Frauen ehrenamtlich. Die FREIEN WÄHLER nahmen das zum Anlass, auf einem Parlamentarischen Abend mit den Engagierten ins Gespräch zu kommen. Etwa 120 Frauen waren trotz Bahnstreik der Einladung in den Bayerischen Landtag gefolgt. Sie nutzten die Gelegenheit, mit Frauen aus Politik, Gesellschaft und Verbänden über die Situation von Frauen im Ehrenamt zu diskutieren und Möglichkeiten zu erörtern, durch die noch mehr Frauen die Gelegenheit bekommen, sich zu engagieren.

Die FREIEN WÄHLER setzen sich seit Jahren für die Unterstützung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements ein. Auch die Aufnahme des Ehrenamts in die Bayerische Verfassung geht auf einen Vorschlag der FREIEN WÄHLER zurück. Darauf wies der ehrenamtliche Sprecher der Fraktion, *Dr. Hans Jürgen Fahn*, zu Beginn der Veranstaltung hin.

> „Frauen sind für das Ehrenamt in Bayern unersetzlich."
> *Eva Gottstein, MdL, frauenpolitische Sprecherin, FREIE WÄHLER Landtagsfraktion*

Das Ehrenamt verändert sich. Neben die traditionellen Formen wie Sportvereine, Feuerwehr oder Kirche treten immer mehr neue Formen von Engagement, z. B. ein Bergwaldprojekt oder die Betreuung von Migranten. Gerade Frauen engagieren sich immer öfter lieber selbstbestimmt in zeitlich begrenzten Projekten statt in Vereinen. Das erläuterte *Dr. Gerlinde Wouters* von der Förderstelle Bürgerschaftliches Engagement München in ihrem Impulsreferat. Sie betonte, dass Betätigungsfelder von Frauen mehr in sozialen oder kirchlichen Einrichtungen lägen, weniger dagegen bei Rettungsdiensten oder Politik. Nach ihren Erfahrungen leisteten Frauen außerdem mehr Arbeit im „Hintergrund", während Männer eher prestigeträchtige Vorstandsposten besetzten.

Eine Einschätzung, die *Margit Berndl*, Vorstand der Verbands- und Sozialpolitik des Paritätischen Wohlfahrtsverbands in Bayern, so nicht teilte. Sie wies darauf hin, dass in ihrem Verband seit Jahren sowohl der Vorstand als auch die Gremien zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern besetzt seien. Die Praxis zeige aber, dass soziale ehrenamtliche Betätigungsfelder von Frauen, wie beispielsweise Sterbebegleitung, oft weniger Wertschätzung erfahren würden als das Engagement von Männern bei Feuerwehr oder THW.

Christiane Perzlmaier, Koordinatorin Ehrenamt und Familienpatenschaften des Sozialdienstes katholischer Frauen e. V., stellt auch Unterschiede zwischen Stadt und Land fest. In den Städten sind es eher jüngere Frauen, die sich vor der eigenen Familienplanung ein-

Nikolaus Kraus (MdL), Dr. Gerlinde Wouters, Christiane Perzlmaier, Margit Berndl, Landrätin Tanja Schweiger, Eva Gottstein (MdL), Dr. Hansjürgen Fahn (MdL) und Moderator Gottfried Obermair

bringen wollen. Viele davon sind zugezogen und vermissen ihre Familie. Über das ehrenamtliche Engagement finden sie ihrerseits Anschluss und können sich sinnvoll einbringen. Im ländlichen Raum betätigten sich dagegen eher ältere Frauen als Familienpaten – wenn die eigenen Kinder außer Haus sind.

Für *Tanja Schweiger*, Landrätin des Landkreises Regensburg, FREIE WÄHLER, stellt sich für Frauen im Ehrenamt die gleiche Problematik wie für Frauen, die in der Politik verantwortliche Positionen und Ämter übernehmen möchten: Im Unterschied zu Männern, denen die Frauen zu Hause oft immer noch den Rücken freihalten und ihnen damit entsprechende Freiräume schaffen, fehlt vielen Frauen diese Unterstützung. *Schweiger* will gerade Frauen Mut machen, in die Politik zu gehen. Gerade in der Kommunalpolitik sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert, wie ein Blick in die Statistik beweist: Demnach sind derzeit nur 8,8 Prozent aller Bürgermeister in Bayern Frauen.

„Auch die Politik als Spiegel der Gesellschaft muss weiblicher werden."

Tanja Schweiger, Landrätin, FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Unabhängig davon, wie und wo sich jemand engagiert: Jedes Ehrenamt ist gleich wichtig und verdient die gleiche Anerkennung. Wer beim Vereinsfest Kuchen verkauft, trägt mindestens genauso viel zum Gelingen bei wie der Vereinsvorsitzende, der das Grußwort hält.

„Frauen bringen nicht nur Empathie und Herz, sondern auch durchdachte Konzepte und straffe Zeitplanung in Vereine ein." *(Eva Gottstein)*

Abgeordnete, Referentinnen und Gäste waren sich abschließend einig, dass die gesellschaftliche Wertschätzung entscheidend sei für das Ehrenamt, der Staat stehe aber in der Pflicht, bürgerschaftliches Engagement nicht nur ideell, sondern auch finanziell zu unterstützen und bürokratische Hürden abzubauen. ■

Eva Gottstein, MdL
Frauenpolitische Sprecherin

Tierschutz

Wohin mit beschlagnahmten Raubtieren und Reptilien?

In Bayern gibt es zwei ganz besondere Auffangstationen für beschlagnahmte Tiere: die Auffangstation für Reptilien in München und das Raubtier- und Exotenasyl in Ansbach. Ehrenamtlich Engagierte kümmern sich in beiden Einrichtungen um beschlagnahmte Tiere.

Beide Einrichtungen haben nun ein ähnliches Problem: Sie müssen unter Umständen ihr bisheriges Domizil verlassen und wissen nicht, wohin.

Grund für die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, mit zwei Anträgen tätig zu werden und die Staatsregierung aufzufordern, die Einrichtungen bei ihrer Suche nach einer neuen Unterkunft zu unterstützen. Dabei soll auch die Möglichkeit geprüft werden, ob Liegenschaften des Freistaats in den jeweiligen Regionen zur Verfügung stehen oder der Verein „Raubtier- und Exotenasyl e. V.“ beim Erwerb einer Anlage finanziell unterstützt werden kann.

In München ist das Problem seit Jahren bekannt: Die Auffangstation für Reptilien muss ihre Räumlichkeiten in der Münchner Kaulbachstraße verlassen. Jährlich werden dort rund 1.200 Tiere untergebracht – darunter beschlagnahmte Giftschlangen, Echsen oder Schildkröten, die illegal eingeführt oder ohne Genehmigung gehalten wurden. Zudem schult das Personal der Station Polizisten, Feuerwehrleute oder Soldaten im Umgang mit Gefahrentieren.

Der gemeinnützige Verein „Raubtier- und Exotenasyl e. V.“ in Ansbach gibt Raubkatzen und exotischen Tieren aus meist illegaler oder nicht artgerechter Haltung, die von Behörden beschlagnahmt wurden, ein Zuhause. Er ist deutschlandweit die einzige Auffangstation für große Raubkatzen. Derzeit leben u. a. sechs Tiger, ein Puma, ein Luchs sowie mehrere kleinere Raubtiere in der Anlage. Neue Pachterhöhungen übersteigen die finanziellen Möglichkeiten des Vereins. Um den Tieren auch in Zukunft ein möglichst artgerechtes Leben bieten zu können, benötigt auch diese Einrichtung Unterstützung. ■

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL (links)
Abgeordneter aus Sachsen bei Ansbach

Benno Zierer, MdL (rechts)
Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz

Neue EU-Vorgaben für FFH Gebiete

Feinabgrenzung von FFH-Flächen

Die Fauna-Flora-Habitat- oder FFH-Richtlinie (FFH-Gebiete) bildet zusammen mit der Vogelschutz-Richtlinie (SPA-Gebiete) das europäische Naturschutzprojekt „Natura 2000“, das Arten und Lebensräume innerhalb der EU in einem länderübergreifenden Biotopverbundnetz schützen und damit die biologische Vielfalt dauerhaft erhalten soll. Wesentliche Bestandteile beider Richtlinien sind Anhänge, in denen zu schützende Arten und Lebensräume sowie einzelne Verfahrensschritte benannt und geregelt werden.

Im Zuge der Umsetzung der Bayerischen Natura 2000-Verordnung muss Bayern neben Vogelschutzgebieten nun auch die FFH-Gebiete rechtlich sichern und dabei flächenscharf abgrenzen. Das führte in der Bevölkerung zu Befürchtungen, die landwirtschaftlichen Flächen könnten noch weitere erhebliche Bewirtschaftungseinschränkungen erleiden.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat deshalb zwei Anträge eingebracht. Zum einen sollte die Staatsregierung über die notwendige Feinabgrenzung der FFH-Gebiete in Bayern berichten. Zum anderen forderten die FREIEN WÄHLER, dass den betroffenen Grundstückseigentümern entsprechende Flurnummern sowie mögliche Einspruchsmöglichkeiten und -fristen mitgeteilt werden. Dies wurde bedauerlicherweise abgelehnt.

Dies betrifft vor allem Grundstückseigentümer, die landwirtschaftliche Flächen besitzen, diese aber nicht selbst bewirtschaften. Hier stockt der Informationsfluss, und die Grundstücksbesitzer erhalten zu wenige Informationen. ■

Dr. Leopold Herz, MdL
Agrar- und forstpolitischer Sprecher

„Wir wollen die Elektromobilität über steuerliche Förderungen voranbringen."

Thorsten Glauber, MdL, verkehrspolitischer Sprecher,
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Alternative Antriebskonzepte

Was tankt das Auto von morgen?

Eine Million Elektroautos sollen bis 2020 auf Deutschlands Straßen unterwegs sein, so die ehrgeizigen Pläne der Bundesregierung. Deutschland ist zwar Leitanbieter für Elektromobilität, aber längst nicht Leitmarkt. So wurden im vergangenen Jahr hierzulande nur rund 8.500 E-Autos zugelassen – und auch insgesamt sind es gerade einmal einige Tausend mehr. Wie steht es aktuell mit der Weiterentwicklung der E-Mobilität in Bayern? Wie sehen das wirtschaftspolitische Umfeld und die Zukunft der E-Mobilität aus? Ist sie noch die Technologie der Zukunft, oder wird sich letztlich doch ein anderes Antriebskonzept durchsetzen? Anders gefragt: Was genau tankt denn das Auto von morgen?

Mehrere Hundert Besucher waren der Einladung der FREIEN WÄHLER zur Autoshow und Podiumsdiskussion in den Bayerischen Landtag gefolgt. Bei schönem Wetter und einer einmaligen Kulisse gab es im Außenbereich des Maximilianeums Fahrzeugmodelle renommierter Hersteller wie Audi, BMW, Mitsubishi, Nissan, Opel, Renault, Tesla, Mercedes-Benz und Volkswagen zu bestaunen. Sogar ein Bolide wurde ausgestellt – wasserstoffbetrieben, versteht sich.

Mit einer Podiumsdiskussion – mit Vertretern der BMW AG, der Audi AG, von Tesla Motors und dem Bundesverbandes Elektromobilität – wurde das Thema fachlich vertieft. Interessierte Bürger konnten hier mit Experten ins Gespräch kommen und eine der wichtigsten Zukunftsfragen diskutieren.

„Wir Verbraucher und Nutzer der E-Mobilität wollen Strom möglichst einfach nachtanken können – so wie jetzt beim Diesel- oder Benzinkraftstoff. Die Diskussion hat jedoch gezeigt, dass das in Deutschland, respektive in Bayern, noch nicht richtig funktioniert."

Probleme bereitet derzeit noch die „Lade-Infrastruktur". Es gibt bislang einfach schlicht zu wenige Stromladestellen. Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, werden die FREIEN WÄHLER auch weiterhin massiven Druck auf die Staatsregierung ausüben. Doch damit nicht genug: wir fordern auch eine 50-prozentige Abschreibung der Investition in Elektrofahrzeuge sowie in die Lade-Infrastruktur im ersten Jahr und eine konkrete Fahrzeugförderung.

„Wir wollen die Elektromobilität über steuerliche Förderungen voranbringen." Die kostenfreie Nutzung von Ladensäulen in Städten, kostenfreie Parkplätze für Elektromobile sowie eine bevorzugte Spurennutzung für Elektromobile im Straßenverkehr – all das könnte auf kommunaler Ebene sofort realisiert werden. ■

Thorsten Glauber, MdL
Verkehrspolitischer Sprecher

G8/G9: Abstimmung mit den Füßen

Die Spatzen pfeifen es inzwischen von den Dächern: Der Ansturm auf das G9 ist enorm. Rund 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler wollen an den 47 Pilotschulen in Bayern die um ein Jahr verlängerte „Mittelstufe Plus“ besuchen. Die Eltern wünschen sich offensichtlich für ihre Kinder mehr Zeit zum Lernen und mehr Zeit zum Leben.

Damit sehen wir unsere Prognosen eindeutig bestätigt. Genau deshalb hatten wir das Volksbegehren zur Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 gestartet. Nun sehen wir, dass unsere Bemühungen für die Betroffenen Früchte tragen. Die aktuelle Entwicklung zeigt, wie weit die Einschätzungen des Kultusministeriums über Jahre hinweg von den Erwartungen der Schüler, Lehrer und Eltern im Freistaat entfernt war und immer noch ist.

„Allen Interessierten muss nun so schnell wie möglich der Zugang zu einer neunjährigen Gymnasialform ermöglicht werden.“ *(Günther Felbinger, MdL, bildungspolitischer Sprecher)*

Damit der Pilotversuch der „Mittelstufe Plus“ ein Erfolg werden kann, wollen wir unbedingt vermeiden, dass gleich zu Beginn Schülerinnen und Schüler abgewiesen werden. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat deshalb bereits in einem Dringlichkeitsantrag gefordert, alle Anmeldungen der Schülerinnen und Schüler auf Aufnahme in den neunjährigen Bildungsgang im Rahmen der „Mittelstufe Plus“ zu berücksichtigen. Organisatorische und rechtliche Hindernisse, wie beispielsweise das Verbot der Klassenmehrung bei den G9-Gymnasien, müssen dazu unverzüglich beseitigt werden.

„Die Staatsregierung muss deshalb schnellstmöglich handeln und den Modellversuch zur Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 erweitern.“

Außerdem fordern wir, dass alle jene Gymnasien in den Versuch aufgenommen werden, die sich ursprünglich dafür beworben haben. Schließlich haben dort die jeweiligen Schulfamilien bereits ihren Willen für eine neunjährige Gymnasialform deutlich gemacht. Ministerpräsident Seehofer hat mehrfach signalisiert, für alle, die die Mittelstufe Plus möchten, die notwendigen Ressourcen bereitzustellen – wir nehmen ihn beim Wort.

Unsere Fraktion wird das Thema weiterhin intensiv verfolgen und sich für eine flächendeckende Wiedereinführung des G9 starkmachen. ■

Günther Felbinger, MdL
Bildungspolitischer Sprecher

Verbraucherschutz und Ehrenamt

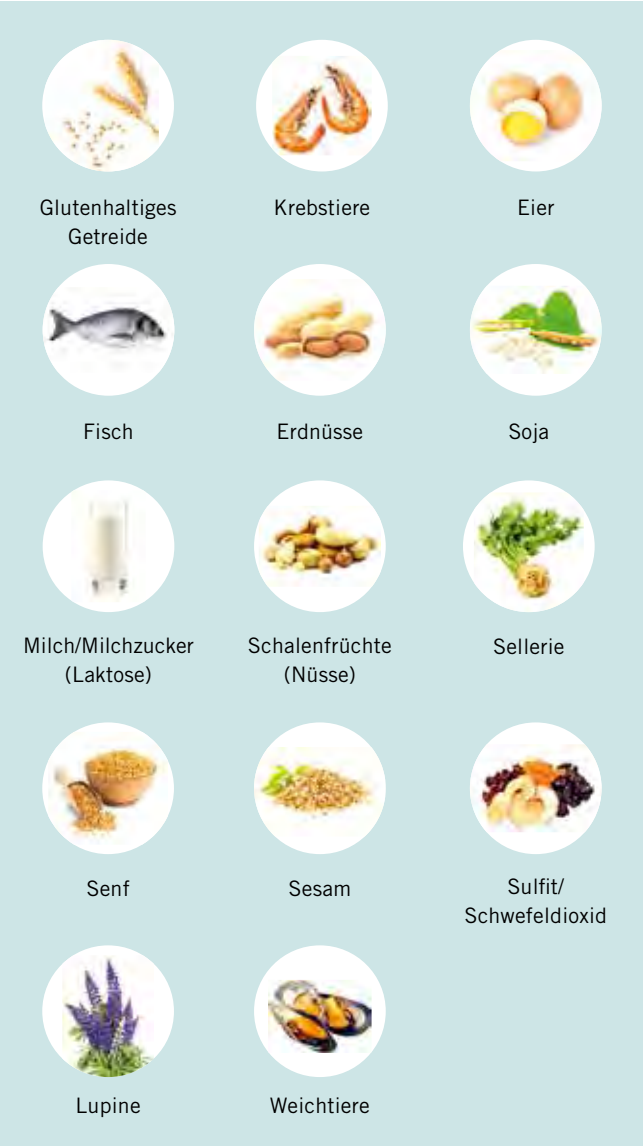
Ein offener Brief von Nikolaus Kraus

Liebe Vereinsvorstände, liebe Feuerwehrkommandanten, liebe Ehrenamtler in ganz Bayern, der Sommer ist die Zeit der Vereinsfeste. Viele von Ihnen werden in diesen Tagen neben ihrem eigentlichen Beruf einem weiteren Job nachgehen: Angebote einholen, Genehmigungen beantragen, Arbeitspläne einteilen und tausend andere Dinge erledigen, die nötig sind, um ein Fest auf die Beine zu stellen. Im Namen der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion danke ich Ihnen ganz herzlich für dieses Engagement! Gerade die ehrenamtlich organisierten Veranstaltungen sind es, die zum Zusammenhalt der Menschen in unserem Land beitragen.

Umso mehr ärgert es mich, wenn es die Politik den Ehrenamtlern in unserem Land mal wieder unnötig schwer macht. Jüngstes Beispiel: die Lebensmittelinformationsverordnung. Danach müssen nun alle Lebensmittelunternehmer die in ihren Speisen und Getränken vorhandenen Allergene (z. B. Milch, Nüsse) ausweisen. Das ist zwar grundsätzlich sinnvoll, denn es gibt viele Allergiker, und die müssen wissen, was sie essen; im Vereinsleben ist die Allergenkennzeichnung jedoch bei „gespendeten“ Kuchen und Salaten einfach nicht zu leisten! Der Knackpunkt ist nämlich, dass entgegen anderslautenden Veröffentlichungen nur kleine Veranstaltungen aus dem Anwendungsbereich der Verordnung ausgenommen sind. Größere oder regelmäßig stattfindende, aber ehrenamtlich organisierte Veranstaltungen werden genauso behandelt wie beispielsweise solche in der Großgastronomie. Wo aber die Grenze zwischen kleinen und nicht mehr kleinen Veranstaltungen liegt, das kann niemand so genau sagen. Wir haben daher im Landtag gefordert, den Vereinen in Bayern möglichst bald eine leicht verständliche und einfach zugängliche Möglichkeit zu schaffen, mit der jeder Vereinsvorstand schnell und rechtssicher herausfinden kann, ob sein Verein als Lebensmittelunternehmer gilt oder nicht. Leider wurde unser Antrag abgelehnt.

Daher mein Rat an Sie: Wenden Sie sich rechtzeitig vor der Veranstaltung an Ihr zuständiges Landratsamt und fragen Sie nach, ob Ihr Verein bei der geplanten Veranstaltung als Lebensmittelunternehmer angesehen wird. Falls ja, erkundigen Sie sich, wie Sie den Informationspflichten nachkommen sollen. Denn das ist leider gar nicht so einfach und sollte vorab geklärt werden. Nur so lassen sich böse Überraschungen nach einem gelungenen Fest vermeiden.

Ich wünsche Ihnen für Ihre Veranstaltung ein gutes Gelingen, schönes Wetter und viele zufriedene Gäste!



Nikolaus Kraus, MdL
Verbraucherschutzpolitischer Sprecher

Die Welt zu Gast in Elmau

G7-Gipfel – ein Rückblick

Die Bilder gingen um die Welt, als am 7. und 8. Juni der G7-Gipfel im oberbayerischen Elmau stattfand. Die Staats- und Regierungschefs der sieben größten Industrienationen waren dazu nach Bayern gereist. Dass diese weltpolitische Veranstaltung so überwiegend friedlich und reibungslos ablief, lag sicher auch am Einsatz der Sicherheitskräfte.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat sich bereits im Vorfeld dieses Großereignisses dafür eingesetzt, dass auch für die davon betroffenen Anwohner alles möglichst reibungslos verläuft. War es doch bei vergleichbaren Ereignissen in der Vergangenheit regelmäßig zu teilweise gewaltsamen Protesten und auch Vandalismus gekommen. In einem Dringlichkeitsantrag haben die FREIEN WÄHLER deshalb erfolgreich gefordert, dass der Freistaat Bayern für alle Schäden aufkommt, die nicht vom Bund oder anderen Beteiligten getragen werden.

Diese halten sich nun glücklicherweise in sehr überschaubaren Grenzen, und so war es uns nach der erfolgreichen Veranstaltung wichtig, den Mitarbeitern von Feuerwehr und Hilfsorganisationen sowie dem Landrat, dem Landkreis, den Bürgermeistern, den Gemeinden und der Bevölkerung vor Ort für ihr Engagement und ihren Einsatz im Zusammenhang mit dem Gipfel offiziell zu danken. Denn ohne die motivierte Arbeit dieser Menschen hätte sich Bayern nicht als so professioneller Gastgeber präsentieren können. Deswegen fordern wir auch, dass die in diesem Dienst geleisteten Überstunden entweder zeitnah ausgeglichen oder ausbezahlt werden.

> „Wir danken den Mitarbeitern von Feuerwehr und Hilfsorganisationen sowie dem Landrat, dem Landkreis, den Bürgermeistern, den Gemeinden und der Bevölkerung vor Ort für ihr Engagement und ihren Einsatz."
>
> *Florian Streibl, MdL, rechtspolitischer Sprecher, FREIE WÄHLER Landtagsfraktion*

Einen Wermutstropfen gibt es aber doch: Die Kosten sind erheblich höher als ursprünglich geplant. Wir fordern die Staatsregierung deshalb auf, sich vehement dafür einzusetzen, dass der Bund einen deutlich höheren Anteil an den Gipfel-Kosten übernimmt als bisher vorgesehen. ■

Florian Streibl, MdL
Rechtspolitischer Sprecher und Abgeordneter aus Oberammergau

FRAKTION VOR ORT ...

... in Altötting

Die Verkehrsanbindung des Chemiedreiecks Burghausen und die Energiewende waren Schwerpunktthemen bei „Fraktion vor Ort“ im oberbayerischen Landkreis Altötting. FREIE WÄHLER Chef *Hubert Aiwanger* sowie die Abgeordneten *Johann Häusler, Nikolaus Kraus, Florian Streibl* und *Benno Zierer* trafen sich unter anderem mit dem Altöttinger Bürgermeister *Herbert Hofauer*. Sie verschafften sich einen Überblick über die Probleme der Region und betonten anschließend, dass der Raum Altötting vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien großes Potenzial habe. ■

Benno Zierer (MdL), Daniela Haderer (2. Bürgermeisterin Kastl), Johann Krichenbauer (Bürgermeister Burgkirchen), Nikolaus Kraus (MdL), Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger, Johann Häusler (MdL), Klaus Millrath (Leiter Kommunikation/ Information Wacker Burghausen), Dieter Wüst (Kreisvorsitzender FREIE WÄHLER Altötting), Gert Unterreiner (Kreisrat), Gottfried Mitterer (Bürgermeister Kastl), Dr. Ilse Ertl (Referentin) auf dem Gelände des Wacker-Werks in Burghausen

FRAKTION VOR ORT ...

... in Mitwitz
Nein zu TTIP und CETA!

Unter diesem Motto diskutieren die Europaabgeordnete *Ulrike Müller* sowie *Peter Meyer*, Landtagsvizepräsident im oberfränkischen Mitwitz. Landwirte und Kommunen könnten die Verlierer dieser Abkommen werden, so die Befürchtung der Diskussionsteilnehmer. Die FREIEN WÄHLER setzten sich gegen die Verabschiedung der beiden Freihandelsabkommen ein. ■

Manfred Hümmer (Bezirksvorsitzender), Ulrike Müller (MdEP), Uwe Zipfel (Stv. Kreisvorsitzender), Peter Meyer (MdL), Tino Vetter (Kreisvorsitzender), Sigmund Katholing (Vorsitzender FW-Ortsverband Mitwitz), Hans Pietz (Bürgermeister Markt Pressig)

Für einen leistungsstarken Luftverkehr

Bayern braucht ein Flughafenkonzept!

Nicht nur für Straße und Schiene, sondern auch für den Luftverkehr brauchen wir zukunftsweisende Konzepte.

Bayern, der größte Flächenstaat der Bundesrepublik, ist auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Dazu gehört neben Straßen und Schiene auch der Luftverkehr. So weit herrscht Konsens zwischen FREIEN WÄHLERN und Bayerischer Staatsregierung. Während die CSU aber nach wie vor dem Traum von der 3. Startbahn am Münchner Flughafen nachhängt, lehnen wir die 3. Startbahn ab und fordern ein zukunftsfähiges Konzept für einen leistungsstarken Luftverkehr in Bayern.

Dabei spielen neben dem internationalen Drehkreuz München auch Nürnberg sowie der Allgäu Airport in Memmingen eine wichtige Rolle. Ein gutes, aufeinander abgestimmtes Gesamtangebot dieser drei Landeplätze garantiert eine Spitzenstellung Bayerns. Die FREIEN WÄHLER haben deshalb in einem Antrag gefordert, dass sich der Freistaat Bayern mit 30 Prozent an der Flughafenbetreibergesellschaft in Memmingen beteiligt. Der Freistaat muss nicht nur bei den Flughäfen in München und Nürnberg, sondern auch in Memmingen Anteilseigner sein, um dort mitbestimmen und mitgestalten zu können. Das wiederum ist die Grundlage für die Umsetzung eines bayernweiten Konzepts, bei dem Memmingen eine wichtige Rolle spielt. Der Allgäu Airport kann und muss den Franz-Josef-Strauß-Flughafen in Erding/Freising entlasten und ihm Raum geben für seine Funktion als internationaler Großflughafen – auch ohne 3. Startbahn! Mit intelligenten Angeboten können wir nämlich beide stärken: München für die Königsklasse und Memmingen als starken Standort für Inlandsflüge von Reisenden, die aus dem Münchener Westen und Südwesten sowie dem Allgäu und aus Mittelschwaben kommen.

Um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Allgäu Airports zu erhalten, haben wir auch beantragt, der Freistaat möge auf seine Grundschulden auf den nicht betriebsnotwendigen Gewerbegrundstücken verzichten. Er hat sie sich eintragen lassen, um bei Verstößen gegen die Förderrichtlinien gewährte Zuschüsse zurückverlangen zu können und hierfür abgesichert zu sein. Zwischenzeitlich braucht er aber zumindest die auf den Gewerbegrundstücken lastenden Grundpfandrechte nicht mehr.

> „Der Airport Memmingen kann und muss den Franz-Josef-Strauß-Flughafen in Erding/Freising entlasten und ihm Raum geben für seine Funktion als internationaler Großflughafen."
>
> *Bernhard Pohl, MdL, stellv. Fraktionsvorsitzender, FREIE WÄHLER Landtagsfraktion*

Die FREIEN WÄHLER haben daher die Freigabe der Grundstücke gefordert, mit Erfolg! Das Bayerische Staatsministerium des Inneren hat angekündigt, die Freigabe zu veranlassen und dem Allgäu Airport die Möglichkeit zu geben, hierdurch seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken.

Wir setzen beim Luftverkehr wie auch insgesamt in der Verkehrspolitik auf intelligente Lösungen. Uns liegt sehr viel daran, vorhandene Strukturen optimal zu nutzen und uns für Lösungen einzusetzen, die dem gesamten Freistaat Bayern und seinen Regionen dienen. Dies entspricht auch unserer Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen, die sich auch und gerade in Infrastruktur- und Verkehrspolitik widerspiegeln muss.

Aus diesem Grund unterstützen wir alle Maßnahmen, die zur Stärkung und Sicherung des drittgrößten bayerischen Flughafens, des Allgäu Airports Memmingen, beitragen. ■

Bernhard Pohl, MdL
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Aktuelle Stunde zur 3. Startbahn

Aktuelle Stunde nennt man eine Aussprache im Plenum aus aktuellem Anlass. Die jeweiligen Themen werden abwechselnd von den verschiedenen Fraktionen bestimmt. Voraussetzung für eine Behandlung in der Aktuellen Stunde ist, dass das Thema von allgemeinem Interesse ist und in die Zuständigkeit des Landes fällt.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion nutzte ihr Vorschlagsrecht dazu, das Streitthema „3. Startbahn“ erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Anlass dafür waren Medienberichte, wonach der Freistaat als Mehrheitsgesellschafter plane, die Flughafen München GmbH in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Was auf den ersten Blick aussieht wie eine harmlose Änderung der Gesellschaftsform, hätte allerdings gravierende Auswirkungen: Im Gesellschaftsvertrag der FMG steht ganz klar, dass für einen Ausbau des Flughafens über die jetzige, erste Ausbaustufe hinaus die Zustimmung aller drei Gesellschafter – Freistaat, Bund und Landeshauptstadt – erforderlich ist. In einer AG aber wäre die Einstimmigkeit nicht mehr nötig, eine Mehrheit würde reichen. Damit wäre die Vetoposition der Stadt München gegen eine 3. Startbahn gefährdet.

In der zum Teil hitzig geführten Debatte musste Finanzminister Markus Söder (CSU), der auch Aufsichtsratsvorsitzender der FMG ist, einräumen, dass die Änderung der Gesellschaftsform möglich wäre. Er versicherte aber, diesen Trick nicht anzuwenden. Trotz dieser Beteuerungen müssen wir wachsam bleiben, denn die CSU will die 3. Startbahn am Flughafen München auf Biegen und Brechen gegen den Willen der Bürger durchsetzen.

Die aktuellen Entwicklungen am Flughafen München zeigen deutlich, dass es für einen Ausbau keinen Bedarf gibt. Die Zunahme der Flugbewegungen 2015 ist bislang marginal – von der angekündigten Trendwende ist nichts spürbar. ■

Benno Zierer, MdL
Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz

AUS DER KOMMUNALPOLITIK IN DEN LANDTAG

Lärmschutz an der A 92

Der Bau der B 15 neu von Regensburg bis Landshut befindet sich aktuell im letzten Teilabschnitt. Voraussichtlich 2019 soll die Fertigstellung mit Anschluss an die A 92 bei Landshut/Essenbach erfolgen. Damit wird auch das Verkehrsaufkommen auf der A 92 vor allem Richtung München deutlich ansteigen, und als Folge ist für die Anwohner mit einer erhöhten Lärmbelastung zu rechnen.

> „Fertigstellung der B 15 neu von Regensburg bis Landshut mit Anschluss an die A 92 bis 2019."

Wir haben daher in einem Antrag verbesserte Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Anlieger in der Stadt Landshut sowie in den Landkreisen Landshut, Freising und Erding gefordert. Wir fordern die Staatsregierung auf, sich gegenüber dem Bund für mehr Lärmschutz an der A 92 einzusetzen und technische Maßnahmen wie Flüsterasphalt und Lärmschutzwände zu realisieren.

Zustimmung fand der Antrag bei SPD und Grünen, die CSU-Mehrheit lehnte dagegen ab. Sie sieht derzeit noch keine Notwendigkeit für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen. ■

Jutta Widmann, MdL
Mitglied im Arbeitskreis Kommunales, Wirtschaft und Finanzen

Benno Zierer, MdL
Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz

Nachgehakt:

Mindestlohn – ein Gesetz mit Tücken

Gut gemeint ist in der Praxis häufig leider längst noch nicht gut gemacht. Beispiel Mindestlohn: Das Gesetz, das prekäre Arbeitsverhältnisse eindämmen sollte, erweist sich in einigen Bereichen als praxisuntauglich. Im Interview zeigen unsere Abgeordneten an Beispielen aus Sport, Landwirtschaft und Gastronomie, wo es hakt.

INTERVIEW

Dokumentationspflicht belastet Betriebe

Jutta Widmann zum Mindeslohngesetz in der Gastronomie

Frau Widmann, welche Probleme bringt das neue Mindestlohngesetz in der Praxis für die Gastronomie?
Das größte Problem ist die Dokumentationspflicht. Früher reichte es aus, die monatlichen Arbeitsstunden aufzuschreiben, jetzt muss jeden Tag die Arbeitszeit genau aufgezeichnet werden und ebenso die entsprechenden Pausen. Das Problem besteht darin, dass mit der Dokumentationspflicht auch ein altes Gesetz, die Arbeitszeitschutzregelung, neu kontrolliert wird. Wir wollen am Gesetz selbst nicht rütteln, der Arbeitnehmer soll durchaus die Möglichkeit haben, rechtlich vorzugehen, wenn dies nötig ist. Aber da, wo sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber einig sind, da möchten wir auch weiterhin flexible Arbeitszeiten. Gerade in der Gastronomie oder bei den Schaustellern auf den Volksfesten sind flexible Arbeitszeiten sehr wichtig. Diese Branche muss schnell und flexibel auf die Wünsche der Gäste eingehen. Gerade bei Volksfesten ist die Arbeitsbelastung innerhalb weniger Tage sehr groß, dafür gibt es vor und nach einem Fest wieder längere Ruhephasen oder auch mal zwischendrin, wenn z. B. das Wetter nicht mitspielt. Bisher konnten Arbeitgeber und Arbeitnehmer die nötigen Arbeitszeiten dann flexibel untereinander regeln, solange am Monatsende die Stundenanzahl gepasst hat. Das ist nun nicht mehr so einfach.

Was fordern die FREIEN WÄHLER?
Wir möchten die Dokumentationspflicht in ihrer jetzigen Form abschaffen und wieder zurückkehren zur monatlichen Aufzeichnung. Auch damit könnte man ganz einfach den Mindestlohn ausrechnen mithilfe des monatlichen Arbeitslohns und der Gesamtstunden, ohne Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit zusätzlicher Bürokratie zu belasten. Außerdem wollen wir Familienangehörige vom Mindestlohngesetz ausnehmen. Es ergibt keinen Sinn, wenn z. B. der Seniorchef Tag und Nacht zum Teil körperlich schwer arbeiten muss, um einen Auftrag zu erfüllen, und die Kinder, die den Betrieb übernehmen sollen, untätig danebenstehen müssen, weil sie ihre maximale Anzahl an Arbeitsstunden schon überschritten haben.

Welche Auswirkungen befürchten die FREIEN WÄHLER?
Ständig neue Gesetze, Vorschriften und Auflagen führen dazu, dass irgendwann die Betriebe aufgeben, weil sie nicht mehr können oder nicht mehr wollen. Es ist ja nicht nur der Mindestlohn, dazu kommen auch noch andere Regelungen, wie die Allergenverordnung, die Sofortmeldung etc. All diese Dinge zusammen sind z. B. ein wichtiger Grund für das Wirtshaussterben in Bayern. ■

**Frau Widmann,
vielen Dank für das Gespräch.**

Jutta Widmann, MdL
Mitglied im Arbeitskreis Kommunales, Wirtschaft und Finanzen

INTERVIEW

Umsetzung des Mindestlohns im Sport

Mit Günther Felbinger im Gespräch

Herr Felbinger, das neue Mindestlohngesetz sorgt derzeit für große Verunsicherung in den Sportvereinen. Wo liegt denn das Problem?
Das Mindestlohngesetz in seiner derzeitigen Form ist auf den Bereich der Erwerbswirtschaft zugeschnitten, sprich: wenn Menschen damit ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Ziel des Gesetzes ist es, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu vermeiden und den Erwerbstätigen einen angemessenen Lohn für ihre Arbeit zu garantieren. Diese Zielsetzung begrüßen wir durchaus. Aber das Gesetz ist nicht bis in alle Einzelheiten durchdacht und insofern einfach schlecht gemacht. Es gibt vor allem im ehrenamtlichen Bereich des Sports Tätigkeiten, bei denen der finanzielle Aspekt nur im Hintergrund steht. Beispielsweise bei einem Platzwart, Hausmeister oder Jugendtrainer. Die machen das oft dem Verein zuliebe und bekommen dafür eine mehr symbolische Aufwandsentschädigung. Und genau für solche „Ehrenamtler“ ist bisher keine gesetzliche Regelung getroffen bzw. ist das Mindestlohngesetz einfach weltfremd. Auch bei der sportlichen Betätigung im gehobenen Amateurbereich steht in der Regel nicht wie bei der Erwerbstätigkeit die Existenzsicherung im Vordergrund, sondern die Förderung des Vereins und die Freude an Bewegung und Sport. Die Sportler sind in der Regel berufstätig, Studenten oder Schüler und erhalten von ihrem Sportverein eine Vergütung. Trotzdem sind sie nicht explizit vom Mindestlohngesetz ausgenommen.

Was wollen die FREIEN WÄHLER denn konkret geändert wissen?
Wir haben in einem Dringlichkeitsantrag gefordert, dass sich Bayern auf Bundesebene für eine entsprechende Präzisierung des Gesetzes einsetzt, um für die Vereine Rechtssicherheit zu schaffen und auch um den Behörden, die die Umsetzung des Mindestlohns im Bereich des Sports kontrollieren, z. B. Zoll, eine eindeutige gesetzliche Grundlage vorzugeben. Denn bislang hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zwar berichtet, dass Vertragsamateure typischerweise nicht als Arbeitnehmer beschäftigt werden und daher nicht unter das Mindestlohngesetz fallen; doch ein Ministerwort hält keinen juristischen Streitigkeiten stand. Diese Stellungnahme ist definitiv nicht ausreichend. Eine so wesentliche Frage muss ausdrücklich gesetzlich geregelt werden, um die gewachsenen Vereinsstrukturen in Bayern für die Zukunft zu erhalten und vor allem gegen mögliche juristische Streitigkeiten gewappnet zu sein.

Auch ist die übertriebene Dokumentationspflicht, wie gerade an den Beispielen dargestellt, für den weitgehend ehrenamtlich tätigen Vorstand eines Sportvereins eine Zumutung. Ein Abteilungsleiter oder Vorsitzender sollte seine wertvolle Zeit mit wichtigeren Dingen verbringen, als den Arbeitszeit-Dokumentations-Zetteln hinterherzurennen.

Warum halten Sie diese gesetzliche Klarstellung für die Sportvereine für so wichtig?
Um das Ehrenamt zu erhalten und unsere Vereinslandschaft zu schützen, brauchen wir unbedingt Rechtssicherheit. Ehrenamtlich tätige Vereinsvorstände dürfen nicht mit Bürokratie überlastet werden, und unsere Sportvereine brauchen klare rechtliche Regelungen. ■

**Herr Felbinger,
vielen Dank für das Gespräch.**

Günther Felbinger, MdL
Sportpolitischer Sprecher

INTERVIEW

Antragspaket zum Mindestlohn in der Landwirtschaft

Mit Johann Häusler im Gespräch

Herr Häusler, die FREIEN WÄHLER haben ein Antragspaket zur Umsetzung des Mindestlohns eingereicht. Dabei forderten sie auch Sonderregelungen für mitarbeitende Familienangehörige in der Landwirtschaft. Was ist der Hintergrund dieses Antrags?
Seit 1.1.2015 gilt in Deutschland ein branchenübergreifender allgemeiner Mindestlohn in Höhe von 8,50 € (brutto) pro Stunde. Für die Land- und Forstwirtschaft kommen jedoch bis 1.1.2018 Übergangsregelungen zum Tragen, da die Branchenvertreter einen allgemein verbindlich erklärten Mindestentgelt-Tarifvertrag abgeschlossen haben. Mindestlohnberechtigt sind alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Grundsätzlich fallen darunter auch mitarbeitende Familienangehörige (Mifas), soweit sie gewisse Voraussetzungen erfüllen.

Zählen zu den mitarbeitenden Familienangehörigen auch Betriebsnachfolger, die von ihren Eltern bis zur Übernahme des Hofes angestellt werden?
Ja genau, und das ist auch das Problem. Nicht nur, dass dem mitarbeitenden Familienangehörigen auch der Mindestlohn gezahlt werden muss, nein, er muss auch jede seiner geleisteten Arbeitsstunden, also Beginn, Ende sowie die Dauer der Arbeitszeit, dokumentieren und nachweisen können. Unsere Landwirte müssen aufgrund diverser Auflagen und Regelungen schon einen Großteil ihrer Arbeitszeit im Büro verbringen. Nun kommt auch diese Auflage noch hinzu.

Und wie sieht das mit der geleisteten Arbeitszeit aus? Landwirte haben doch selten eine 40-Stunden-Woche?
Durch die aktuell geltenden Regelungen dürfen mitarbeitende Familienangehörige entsprechend dem Arbeitszeitgesetz nur acht Stunden täglich arbeiten. Natürlich gelten in Erntezeiten einige Ausnahmen, doch spiegeln diese die Realität bei Weitem nicht wider. In der Praxis würde das aktuell so aussehen: Während der zukünftige Hofnachfolger nach acht Stunden aufhören muss zu arbeiten, dürfen die aktuellen Betriebsinhaber unbegrenzt arbeiten, da diese ja im Sinne des Gesetzes selbstständig sind. Gerade in der Zeit, in der sowohl der Hofbesitzer als auch der mögliche Hofnachfolger gleichzeitig auf dem landwirtschaftlichen Betrieb tätig sind, wird häufig die weitere landwirtschaftliche Existenz aufgebaut und somit die Lebensgrundlage für den Hofnachfolger sichergestellt. Dies ist mit einem hohen Arbeitseinsatz verbunden.

Wie sieht Ihr Lösungsansatz für dieses Problem aus?
Wir FREIE WÄHLER fordern die sofortige Befreiung vom Mindestlohngesetz bzw. vom Mindestentgelt-Tarifvertrag von mitarbeitenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft. Die derzeitigen Regelungen sind mit der Praxis nicht vereinbar und gefährden den Fortbestand vieler Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft.

Wie geht es nun weiter?
Unser Antrag wurde von den übrigen Fraktionen im Bayerischen Landtag abgelehnt. Anscheinend ist nicht einmal der CSU-Fraktion die Tragweite dieser Regelung bekannt. Wir hoffen, dass die Abgeordneten im Landwirtschaftsausschuss, wo dieser Antrag mitberaten wird, einen fachlich besseren Einblick in diesen Bereich haben und dem Antrag zustimmen werden. ■

**Herr Häusler,
vielen Dank für das Gespräch.**

Johann Häusler, MdL
Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher

Finanzpolitik

BayernLB – Licht am Ende des Tunnels?

2005–2008 gehörten dem Verwaltungsrat der Bank u. a. CSU-Politiker wie Prof. Dr. Faltlhauser, Erwin Huber, Günther Beckstein und Georg Schmid an, ebenso der frühere Sparkassenpräsident Dr. Siegfried Naser. In ihre Amtszeit fiel neben dem verhängnisvollen Kauf der österreichischen Skandalbank auch ein Abenteuer in den USA, wo man wertlose Subprime-Papiere kaufte und so gewaltige Verluste einfuhr. Auch der Erwerb der ungarischen MKB-Bank entpuppte sich als grober Missgriff.

Die BayernLB war so 2008 in eine existenzbedrohende Krise geraten. Hätte der Bayerische Landtag im Dezember 2008 nicht Sondermittel in Höhe von 10 Mrd. € bereitgestellt, wäre eine Insolvenz wahrscheinlich gewesen. Die Verbindlichkeiten in Höhe von 100 Mrd. € hätten dann den Freistaat, die Bayerischen Sparkassen und auch die Kommunen in eine echte Zwangslage gebracht!

„Beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria durch die BayernLB haben die Vorstände und die Verwaltungsräte der Bank schuldhaft ihre Pflichten verletzt!“

Der Untersuchungsausschuss des Landtags zum Kauf der HGAA stellte damals einstimmig fest: Beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria durch die BayernLB haben die Vorstände und die Verwaltungsräte der Bank schuldhaft ihre Pflichten verletzt!

Heute können wir Gott sei Dank eine optimistischere Bilanz ziehen. Die amerikanischen Schrottpapiere sind verkauft, die MKB-Bank konnte dem ungarischen Staat zurückgegeben werden, und die HGAA ist wieder in österreichischer Hand. Die Bayerische Staatsregierung, der Landtag, die BayernLB-Kontrollkommission, aber auch die neue Führungsspitze der Bank haben viel gute Arbeit geleistet. Die BayernLB kann vorsichtig optimistisch in die Zukunft blicken.

Aber noch gibt es eine gravierende Auseinandersetzung mit Österreich. Die Bayerische Landesbank hatte näm-

„Der Kauf der Hypo Group Alpe Adria durch die Bayern LB war der größte Fehler der Bayerischen Wirtschaftspolitik der Nachkriegsgeschichte!“

Diese Worte stammen nicht von den FREIEN WÄHLERN, sondern von Markus Söder, Finanzminister und langjähriger Verwaltungsratsvorsitzender eben dieser Bank.

lich als Eigentümerin der HGAA diese Milliardenkredite gegeben. Österreich weigert sich nun, den Rest von 2,4 Mrd. € zurückzuzahlen, mit der umstrittenen Begründung, die damalige Darlehensgewährung sei „kapitalersetzend“ gewesen, da die BayernLB Haupteigentümerin war. Sollte dies so zutreffen, könnte eine Rückzahlung erst erfolgen, wenn die ehemalige österreichische Tochter saniert ist.

Unserer Meinung nach kann sich Bayern aber auf eine Staatsgarantie Österreichs stützen. Dies wird von der Alpenrepublik bezweifelt, und 2014 wurde sogar ein Gesetz verabschiedet, wonach die BayernLB einen Großteil ihrer Kredite nicht zurückbekommen soll. Im Frühjahr wurde vonseiten des österreichischen Finanzministeriums dann ein Zahlungsstopp verfügt, der die Rückzahlung der Kredite an Bayern untersagt.

Ich habe dieses Vorgehen kritisiert und Österreich „griechische Methoden“ vorgeworfen. Das löste mit über 300 Presseartikeln einen Sturm in den dortigen Medien aus. Dabei waren die Meinungen geteilt. Als ich in einer Talkrunde beim österreichischen Sender *Puls 4* zu Gast war, erfuhr ich z. B. große Zustimmung vom niederösterreichischen Finanzminister, während der Haushaltssprecher der Grünen im Österreichischen Nationalrat die Meinung vertrat, für die Schulden solle der aufkommen, der auch zahlen kann – also Bayern. Das Debakel hat den bayerischen Steuerzahler bereits 3,825 Mrd. € gekostet. Das Geld unserer Bürger darf nicht weiter österreichische Misswirtschaft subventionieren!

Für uns steht fest: Unser Land muss auf die Rückgabe der gesamten Summe bestehen. Bayerns Finanzminister ist zuversichtlich und hat bislang auch recht behalten. Bayern hat den Prozess vor dem Landgericht München auf Rückzahlung der Kredite in erster Instanz gewonnen. Sollte am Ende das komplette Geld an uns zurückfließen, können wir tatsächlich von einem hellen Licht am Ende des Tunnels sprechen. ■

Bernhard Pohl, MdL
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Krankenhauskeime bekämpfen:

Die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts müssen umgesetzt werden!

Kaum einem medizinischen Thema wurde in den letzten Monaten eine derart hohe Aufmerksamkeit zuteil wie den Krankenhauskeimen und den zum Teil lebensbedrohlichen Gesundheitsgefahren durch ihre Resistenzen gegenüber Antibiotika. Allein der Umstand, dass jährlich mehr Menschen aufgrund von Infektionen im Krankenhaus als durch Verkehrsunfälle sterben, spricht Bände. Entsprechend verwundert es auch nicht, dass dieses Thema auf der Tagesordnung des G7-Gipfels in Elmau stand.

„Jährlich sterben mehr Menschen aufgrund von Infektionen im Krankenhaus als durch Verkehrsunfälle."

Aber trotz der Brisanz des Themas sind in Bayern keine wirklichen Fortschritte erkennbar. Die Staatsregierung schafft es nicht einmal, dafür Sorge zu tragen, dass die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts umgesetzt werden. Aus diesem Grund haben wir FREIE WÄHLER einen Antrag in den Bayerischen Landtag eingebracht. Die Staatsregierung soll sich dafür einsetzen, dass bei planbaren Krankenhausaufenthalten ein Test auf multiresistente Erreger bereits durch den Hausarzt durchgeführt werden kann und auch von den Krankenkassen bezahlt wird. Auf diese Weise können die Krankenhäuser entlastet und Behandlungspläne frühzeitig aufgestellt werden. Ich bin sehr gespannt, ob die CSU-Fraktion sich überwinden kann und diesem Antrag zustimmt, obwohl er nicht von ihr selbst kommt.

Das frühzeitige Screening durch den Hausarzt ist aber bei Weitem nicht ausreichend, um multiresistente Erreger wirksam zu bekämpfen. Wir fordern deshalb eine umfassende Herangehensweise, wie sie auch in den Ländern mit geringen MRSA-Raten, wie den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Finnland, durchgeführt wird. Dies fängt bei einem konsequenten Hygienemanagement an, also bei der korrekten Händedesinfektion und bei der Zurückhaltung des ärztlichen Personals beim Händeschütteln. Hygienemanagement setzt aber auch eine ausreichende Anzahl von Hygienefachkräften voraus, woran es derzeit in Bayern noch mangelt. Insofern sind die Hochschulen gefragt, die Bedeutung von Instituten oder Lehrstühlen für Hygiene zu erkennen. Daneben ist aber auch ein zurückhaltender Einsatz von Antibiotika sowohl in der Veterinär- als auch in der Humanmedizin erforderlich. Denn jede unnötige oder unsachgemäße Anwendung von Antibiotika begünstigt die Entstehung von resistenten Erregern. Schließlich bedarf es eines guten Personalschlüssels im ärztlichen und vor allem auch im pflegerischen Bereich. ■

Dr. Karl Vetter, MdL
Stv. Fraktionsvorsitzender und gesundheitspolitischer Sprecher

ABGEORDNETE IM PORTRÄT

„Ein besonderes Anliegen ...

... ist es mir, die Völkerverständigung in Europa und der Welt weiter zu fördern."

Gabi Schmidt

Sozial-, asyl- und familienpolitische Sprecherin, Mitglied im Sozialausschuss, Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

geb. 1968 in Neustadt/Aisch

wohnhaft im Aischgrund in Uehlfeld-Voggendorf

verheiratet, 3 Töchter

Beruf: Lebensmitteleinzelhändlerin, Hauswirtschafterin, Kräuterpädagogin

Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich das letzte Kindergartenjahr zum echten Vorschuljahr ausbauen, damit die Startchancen aller Kinder gerechter sind.

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich Bundessozialministerin werden. Bayerische Sozialministerin wäre aber auch schon mal ein Anfang.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich auf jeder politischen Ebene ein Kinder- und Jugendparlament verankern.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich anfangen mit einer extralangen Ausgabe der Sendung „quer", dann die Doku „Water Makes Money" zeigen und schließlich die restliche Nacht Rockkonzertmitschnitte ausstrahlen.

Wenn mich ein Freund oder eine Freundin nach einem Tipp für den Bayernurlaub fragt, würde ich ihm oder ihr die Vielfalt des Aischgrunds und das Weinparadies Franken empfehlen.

Wenn ich mal einen völlig freien Tag hätte, würde ich im Aischgrund an einem Weiher ein gutes Buch lesen, was ich auch ab und zu tue.

Wenn ich einen Traum in die Wirklichkeit umsetzen könnte, würde ich gerne einmal Maus in der Staatskanzlei sein.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich zurückreisen in die Zeit historischer Plenardebatten und mir die leidenschaftlichen Duelle zwischen großen Rhetorikern wie Herbert Wehner, Helmut Schmidt und Franz-Josef Strauß live anschauen. ■

KURZ GESAGT

Besuch beim Familienbetreuungszentrum der Bundeswehr

Selten lassen sich die drei wichtigsten Ressorts der Abgeordneten *Eva Gottstein* so gut verbinden wie bei diesem Termin: Im Frühjahr besuchte die Fraktionssprecherin für Innere Sicherheit, Frauen und Jugend gemeinsam mit ihrem Fraktionskollegen *Bernhard Pohl* das Familienbetreuungszentrum München des Landeskommandos Bayern. „Herr Brigadegeneral Dotzler hat im Innenausschuss die Arbeit des Landeskommandos vorgestellt und dabei auch das Familienbetreuungszentrum erwähnt. Das wollte ich mir unbedingt persönlich anschauen“, berichtet *Gottstein*, die als stellvertretende Vorsitzende des Innenausschusses auch die Rahmenbedingungen für die Soldaten und deren Familien im Auge behält. Vom Engagement der Verantwortlichen in der Fürst-Wrede-Kaserne zeigte sich *Gottstein* tief beeindruckt: „Mich freut das große persönliche Engagement der Beteiligten. Die Familien der Soldaten im Einsatz bekommen auf diese Weise eine wichtige Unterstützung. Viele Ideen, die dort umgesetzt sind, könnten auch in anderen Bereichen der Inneren Sicherheit Schule machen.“ ■

Unsere Abgeordnete Eva Gottstein beim Besuch im Familienbetreuungszentrum der Bundeswehr

... WAS SONST NOCH LOS WAR ...

Mittwoch, 10. Juni 2015

In einem **Dringlichkeitsantrag** fordern die FREIEN WÄHLER die Staatsregierung auf, sich gegenüber dem hessischen Wirtschaftsministerium dafür einzusetzen, dass der Landkreis Aschaffenburg weiterhin stimmberechtigtes Mitglied in der Frankfurter Fluglärmkommission bleibt, bzw. darauf hinzuwirken, dass die gesamte Region Bayerischer Untermain stimmberechtigtes Mitglied wird. ■

Dienstag, 21. April 2015

Die Altersgrenze für Schöffen soll abgeschafft werden. So lautet eine Forderung der FREIEN WÄHLER. Angesichts der demografischen Entwicklung ist es nicht nachvollziehbar, dass ältere Menschen durch willkürlich gesetzte Altersgrenzen vom Engagement für die Gesellschaft abgehalten werden. Gerade ältere Menschen bringen wertvolle Lebenserfahrung für das Schöffenamt mit. Die Fraktion hat bereits einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht. ■

Donnerstag, 26. März 2015

Die Kosten für den AKW-Rückbau und die Atommüllendlagerung dürfen nicht dem Steuerzahler aufgebürdet werden! Die FREIEN WÄHLER haben von der Staatsregierung gefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sämtliche Kosten für die Stilllegung und den Rückbau von Kernkraftwerken sowie für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle vollumfänglich von den Kernkraftwerksbetreibern getragen werden und hierzu die bislang gebildeten Rückstellungen zu deren dauerhafter Sicherung in einen öffentlich-rechtlichen Fonds übertragen werden. ■

Zahl des Quartals

16.700.000 kg ≙ dem Gewicht von 83,5 Blauwalen (2000 kg/ausgewachsenen Wal)

Menge an hoch radioaktivem Müll, der bis zur Stilllegung der Kraftwerke in Deutschland angefallen sein wird. Der größte Teil davon kommt aus Bayern.

Wollen Sie weiterhin kostenlos die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion erhalten?

Senden Sie uns das ausgefüllte Formular an FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, Max-Planck-Str. 1, 81675 München oder schicken Sie uns eine E-Mail an **info@fw-landtag.de** oder ein Fax an **089 4126-1643**.

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Ich möchte die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bis auf Widerruf kostenlos per Post erhalten.

Vorname | Name

Straße, Hausnummer | PLZ, Ort

E-Mail

Ich willige in die Speicherung und Nutzung meiner oben angegebenen Daten zum Zwecke der Versendung der Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit, z.B. per E-Mail an **info@fw-landtag.de**, widerrufen.

Datum, Unterschrift